

REINER EICHENBERGER



Bessere Medien, bessere Politik – fast gratis

Die Medien prägen das Wissen der Bürger und Politiker und so die Politik. Ihr Einfluss wäre noch fruchtbarer, wenn sie sorgfältiger mit Zahlen umgingen, insbesondere sie deflationieren, pro Kopf rechnen und vernünftig vergleichen würden. Dann würden heute allgegenwärtige Falschmeldungen wie die folgenden seltener: «Die Aktienmärkte und insbesondere der Dow Jones sind wieder auf Rekordjagd und erzielen laufend neue Allzeithochs.» Das gilt dann schnell als Beleg dafür, dass die Reichen immer reicher werden. Aber: Alle wichtigen Aktienindizes sind nicht inflationsbereinigt. Real ist der Dow Jones heute rund 10 Prozent unter dem Stand von 2008. Weitere solche Falschmeldungen gibt es zuhauf.

«Wegen der Wirtschaftskrise sind in einigen EU-Südländern 50 bis 70 Prozent aller 16- bis 24-Jährigen arbeitslos und stehen auf der Strasse.» Falsch: Arbeitslosigkeit ist definiert als Arbeitslose geteilt durch Arbeitende plus Arbeitslose. Schüler und Studierende werden nicht be-

«Öl wird immer teurer? Schon in den 1980er-Jahren war Öl real praktisch gleich teuer wie heute»

rücksichtigt. Das sind aber in den betreffenden Südländern bis zu 80 Prozent der Jungen. Tatsächlich sind also trotz der riesigen Jugendarbeitslosigkeit «nur» 15 bis 20 Prozent der Jungen arbeitslos.

«Öl wird immer knapper. Deshalb ist der Ölpreis

heute mit 105 Dollar pro Fass so hoch und steigt dauernd.» Falsch: Heute sind 105 Dollar gut 95 Franken. Schon in den 1980er-Jahren war Öl real praktisch gleich teuer. Zwar kostete es nur 30 bis 35 Dollar, aber bei einem Dollarkurs von 1.60 bis 2 Franken und einer Frankeninflation von seither über 60 Prozent – macht fast 95 Franken pro Fass.

«Unsere Gesundheitskosten explodieren.» Damit werden dann regelmässig Reformvorschläge wie die Einheitskasse begründet. Aber: In den letzten 15 Jahren war die Schweiz gemäss OECD eines der Länder mit der kleinsten Steigerung der Gesundheitskosten pro Einwohner. Die Wachstumsrate betrug nicht einmal die Hälfte des Durchschnitts aller OECD-Länder.

«Die Einkommensverteilung wird immer ungleicher.» So werden dann Forderungen wie Mindestlöhne oder 1:12 begründet. Aber: Nach OECD ist in der Schweiz die Ungleichheit der Einkommen nach Steuern etwa gleich hoch wie im Durchschnitt der EU-15-Länder. Hingegen ist die Einkommensverteilung vor Steuern weit ausgeglichener als in allen EU-Ländern. Bei den selbst verdienten Einkommen der Bevölkerung im Erwerbsalter ist die Schweiz sogar extrem egalitär und hat im ganzen OECD-Raum zusammen mit Südkorea die weitaus ausgeglichene Einkommensverteilung.